

Antrag

der CDU-Fraktion

Konzept zur Sicherstellung der Medizinischen Versorgung vorlegen

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum 31.8.2012 ein verbindliches Handlungskonzept mit dem Ziel der Sicherung der flächendeckenden medizinischen Versorgung im Land Brandenburg vorzulegen.

Dieses Handlungskonzept muss deutlich machen, welche Maßnahmen insbesondere die Landesregierung unternimmt, um einer drohenden ambulanten und stationären medizinischen Unterversorgung entgegenzuwirken.

Begründung:

Die flächendeckende medizinische Versorgung im Land Brandenburg ist - wie erneut aktuelle Fälle beweisen – gefährdet und in einzelnen Regionen bereits gegenwärtig nicht mehr gewährleistet. Sie aber herzustellen, ist Aufgabe der Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen sowie wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge von Kommunen und Brandenburger Landesregierung. Im ambulanten und stationären Bereich fehlen im Land Brandenburg bereits heute ca. 290 Haus- und Fachärzte. Die Landesregierung steht dem Problem der zunehmenden ärztlichen Unterversorgung bislang konzeptionslos gegenüber. Die Moderation der Probleme, ohne selbst aktiv zu werden, oder das Einberufen von sporadischen Gesprächen am Runden Tisch haben und werden nicht das Problem des zunehmenden Ärztemangels flächendeckend lösen. So ist das Papier des MUGV „Künftige Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Brandenburg“ von 2011 ein erster Schritt, insbesondere zur Analyse des Ist-Zustandes, dem aber nun ein verbindliches Handlungskonzept für die besonderen Aktivitäten der Landesregierung folgen muss. Das geforderte Handlungskonzept soll aktiv die Initiativen der Ärzte und Krankenkassen flankieren. Dazu bietet das Versorgungsstrukturgesetz einen größeren Spielraum für die Landesregierung als bisher.

Bereits 2010 hat die CDU-Fraktion gefordert, Regelungen mit dem Berliner Senat zu treffen, um die Ausbildung des medizinischen Nachwuchses für das Land Brandenburg verbindlich zu sichern. Auch die Einführung eines von der Landesregierung unterstützten und koordinierten landesweiten Stipendiums für Medizinstudenten wurde gefordert. Dieses Verfahren wird in anderen Bundesländern erfolgreich praktiziert.

Datum des Eingangs: 17.04.2012 / Ausgegeben: 17.04.2012

Beide Anträge wurden von der Regierungskoalition abgelehnt. Einzelne Kommunen und Institutionen sind im Gegensatz dazu deutlich aktiver. Der Landkreis Elbe-Elster und einige Krankenhäuser gewähren bereits diese zusätzliche Unterstützung. Dies ist für Kommunen und Krankenhäuser allein sehr teuer und kann innerhalb Brandenburgs zu einem Verdrängungswettbewerb führen. Die Erfahrungen einzelner Bundesländer, der Landkreise, Kommunen und Krankenhäuser müssen somit Bestandteil des Handlungskonzeptes werden.

Dr. Saskia Ludwig
für die Fraktion der CDU